

Regulieren, regulieren, regulieren

Das Parlament hat in der letzten Legislatur Rekorde gebrochen. Sämtliche Bereiche werden vom parlamentarischen Eifer erfasst. Die Schweiz verliert Standortvorteile.

Von Pierre Heumann und Florian Schwab



«Die Stossrichtung ist erschreckend»: Staatsweibel mit einem Dossier-Stapel im Nationalratssaal.

Die Parlamentarier haben in den letzten vier Jahren ihre Funktion als gesetzgebende Instanz wörtlich genommen: Sie sorgten für eine Fülle neuer Vorschriften, Gesetze und Verordnungen. Laut internen Dokumenten eines Wirtschaftsverbands ist der Regulierungsausstoss der vergangenen Session rekordverdächtig. Und teuer: Die Zusatzkosten für die Wirtschaft schätzt der Verband auf eine Milliarde pro Jahr. Vor einem Jahrzehnt war der jährliche Zuwachs in amtlichen Texten auf eidgenössischer Ebene noch um rund ein Drittel geringer. Jedes Jahr kommen im *Bundesblatt* mehrere tausend neue Seiten hinzu. 2010 waren es 9100 Seiten, bis Mitte dieses Jahres sind es bereits 6872. Das rasante Wachstum geht einher mit einer schleichen- den Annäherung an die Bürokratie der Europäischen Union. Viele kostentreibende Inhalte werden von der EU übernommen, wie zum Beispiel das neue Lebensmittelgesetz (2010).

Steigende Grundbelastung

Laut der aktuellen Ausgabe der Seco-Publikation «Die Volkswirtschaft» betragen die Regulierungskosten für Schweizer KMU bereits fünfzig Milliarden Franken jährlich. Fast zehn Prozent des Sozialproduktes werden inzwischen von der Bürokratie verzehrt.

Die Regulierungswut bleibt nicht folgenlos für die Schweizer Wettbewerbsfähigkeit. HSG-

Professor Christoph Müller beobachtet zwar, dass das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) und die Branchenverbände die «vom [europäischen] Bürokratie-Vulkan hervorgeschnittenen Lavabrocken anschliessend wieder zerkleinern, zum Beispiel durch den Einsatz von E-Government-Lösungen oder von branchenspezifischer Software». Aber man müsse aufpassen, dass die «Grundbelastung nicht stetig ansteigt», warnt er.

Ein Indiz dafür, dass neue Regulierungen dem Produktionsstandort Schweiz schaden, ist der vom kanadischen Fraser Institute produzierte Index der wirtschaftlichen Freiheit. Der Wert für die Schweiz ist von 2007 bis 2009 von 8.19 auf 8.03 gesunken. Christian Hoffmann, Forschungsleiter des Liberalen Instituts in Zürich, der den Index in der Schweiz betreut, sieht klare Ursachen dafür: «Politiker glauben, auf jedes öffentlich debattierte tatsächliche und vermeintliche Problem mit einer grossen Geste reagieren zu müssen. Der politische Betrieb hat einen Hang zum Aktivismus.»

Es fällt dem Gesetzgeber immer schwerer, die Folgen seines Tuns abzusehen. Er sah sich auch in der vergangenen Legislaturperiode immer wieder genötigt, mit als «Nachbesserungen» getarnten neuen Vorschriften frühere Fehler zu korrigieren. Ein Beispiel: Ende 2008 verabschiedete das Parlament neue Be-



10 Prozent für Bürokratie: Schneider-Ammann.

stimmungen zum Erwachsenenschutzrecht. Aus Gründen der politischen Korrektheit wurde die «Unmündigkeit» aufgehoben. Den Parlamentariern war entgangen, dass unmündige Personen keine Verträge schliessen können. Die Eliminierung dieses «stigmatisierenden Begriffs» im Zivilgesetzbuch machte einen ganzen Rattenschwanz an Anpassungen im Obligationenrecht nötig.

Wust an neuen Vorschriften

Hat der Staat erst einmal einen Bereich mit Beschlag belegt, spinnt er darum herum ein immer feinmaschigeres Netz aus Regulierungen, Gesetzen und Verordnungen. So haben Parlamentarier bei der Beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG), die 1985 in den Rang einer öffentlichen Aufgabe vorgerückt ist, einen Wust an neuen Vorschriften erlassen. Die berufliche Vorsorge ist heute «mit gesetzlichen Vorgaben übersät», wie Hanspeter Konrad, Direktor des Schweizerischen Pensionskassenverbands, schreibt. Die Angebote und Verfahren sind dermassen standardisiert, dass es für die einzelnen Kassen kaum noch Handlungsspielraum und Unterscheidungsmerkmale gibt.

Und pausenlos kommen neue Regulierungen hinzu. Derzeit feilt das Departement Sommaruga an einer Revision des Zivilgesetzbuches

n «Vorsorgeausgleich bei einer Schei-
laut Konrad wird sich dies in einem
kostenschub bemerkbar machen. Zu-
d per 1. Januar 2012 eine neue Kommis-
die Oberaufsicht über die berufliche
eingesetzt. Diese soll den kantonalen
sbehörden auf die Finger sehen und
n Inspektionen durchführen. Das Prä-
er «Aufsicht über die Aufsicht» soll der
DP-Mann Pierre Triponez überneh-
nimmersatter Regulator ist auch das
nt für Gesundheit (BAG) berichtigt.
rdnung zur Spitalplanung gilt in der
als «nicht umsetzbare Katastrophe»;
Selbstbehalt bei Medikamenten führe
n «grossen Durcheinander», und die
regulierungen würden ein höchst frag-
s Ansinnen verfolgen. Schlimm, so der
einer grossen Krankenkasse, sei auch
Aufsichtsgesetz, das derzeit erarbeitet
ie Stossrichtung ist erschreckend.»

Leber im Finanzbereich

eben auf den Finanzmärkten 2008 und
schweben haben zu einem besonders
Anstieg der Regulierung geführt. Die
Marktaufsicht (Finma), gemeinsam mit
weizerischen Nationalbank (SNB), setzt
schärferen internationalen Standards
Bankenregulierung durch. Nachdem das
Bank Basel II (in Kraft seit 2006) es nicht

vermochte, eine der schärfsten Finanzmarkt-
krisen zu verhindern, wurde im Herbst 2010 mit
Basel III ein weiteres Regulierungspaket drauf-
gesetzt, das neben der minimalen Eigenkapital-
quote (sieben Prozent) auch solche Subtilitäten
regelt wie die unterschiedliche Liquiditäts-
relevanz europäischer Covered Bonds («Pfand-
briefe») und von den USA garantierten verbrieften
Hypotheken. Auf dieses Regelwerk hat das
Parlament in seiner Herbstsession noch ein *Swiss
finish* gesetzt, eine minimale Eigenkapitalquote
von neunzehn Prozent – ein internationaler
Spitzenwert, den manche Institute im Invest-
mentbanking für existenzbedrohlich halten.

Bei dieser Vorschrift kann man noch ein Für
und Wider finden. Eindeutig problematisch ist
hingegen die Flut von weiteren Regulierun-
gen, die sich aus internationalen Gesprächs-
runden in die Finanzwelt ergiesst. Diese macht
insbesondere kleinen Banken zu schaffen.
Markus Ruffner, CEO der Neuen Privat Bank
AG in Zürich, fasst zusammen: «Für kleine In-
stitute im Bereich der Vermögensverwaltung
sind besonders die Finma-Anforderungen
zum grenzüberschreitenden Geschäft sehr
teuer. Wir müssen das Know-how einkaufen,
um diese umzusetzen. Ausserdem zeichnen
sich Verschärfungen im Bereich der Eigenmit-
telanforderungen bei Lombard-Krediten ab.
Mit verschärften Regulierungen muss auch
beim «Nachvollzug» der EU-Finanzmarkt-

richtlinie (Mifid) und im Rahmen der Teilrevi-
sion des Kollektivanlagegesetzes (KAG) ge-
rechnet werden. Ich habe den Verdacht, dass ob
einer gewissen Regulierungswut hier nicht alle
Konsequenzen zu Ende gedacht werden.»

Kosten vor allem für die Kleinen

Bundesrat Schneider-Ammann, der sich im
Editorial der *Volkswirtschaft* vom 15.09.2011 als
Deregulierer gibt, hat als Nationalrat die Mel-
depflichten an der Börse verschärft, wie sich
Nationalrat Hans Kaufmann (SVP, ZH) erin-
nert. «Dies hat zur Folge, dass viele institutio-
nelle Anleger den KMU kein neues Risikokapital
mehr zur Verfügung stellen, da sie nicht
solche Gesetzesverstösse riskieren wollen.»

Immerhin: Eine gute Nachricht erreichte die
bürokratiegeplagten Unternehmen am ver-
gangenen Freitag. Zwei statistische Erhebun-
gen unter Unternehmen werden um ein Jahr
verschoben und die «Verkleinerung der Stich-
probe für Lohnstrukturerhebung 2011» wird
überlegt. Angesichts der anhaltenden Fran-
kenstärke wolle man die exportabhängigen
Firmen nicht unnötig belasten, begründet das
Amt das für die Bürokratie unübliche Auf-
schieben neuer Auflagen. Doch das bleibt die
Ausnahme. Und so geht denen, die vom Regu-
lieren, Überprüfen und Beraten leben, die
Arbeit nicht aus: den Beamten, Juristen und
Wirtschaftsprüfern. ○



Im Durchschnitt ist man mit 60 halb so schnell wie mit 20.

Wir interessieren uns nicht für den Durchschnitt, wir interessieren uns für Sie. Deshalb fördern wir Ihre Gesundheit. Beispielsweise, indem wir uns an den Kosten eines Fitnessabos oder Yogakurses beteiligen.

Lassen Sie sich von uns beraten: In einer der 120 Agenturen, per Telefon 0844 277 277 oder auf www.css.ch. **Ganz persönlich.**



CSS
Versicherung

© CONTEXTA